

Jugendforum



DOKUMENTATION



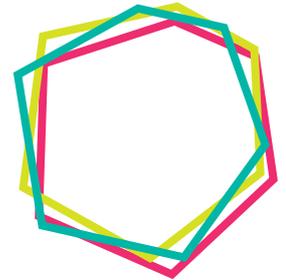
INHALTSVERZEICHNIS

I. Jugendpolitik nur mit Profis: Die Jugendpolitiktage 2019	4
II. Machen statt meckern: Das Programm	5
III. Ins Gespräch kommen: Die Bundesjugendministerin vor Ort	6
IV. Ideen austauschen: Die Themenforen	8
V. Was wir wollen: Die Empfehlungen	10
VI. #JPT19: Jugendpolitik in die Welt tragen	28
VII. Jung und Aktiv: Das Team	30
VIII. Mach- und Sachgeschichten: Die Gäste	31
IX. Im Hintergrund: Veranstalter und Partner	32
X. Wie geht es weiter: Ausblick	33
JPT in Zahlen und Impressum	34



I. JUGENDPOLITIK NUR MIT PROFIS:

JUGEND POLITIKTAGE 2019



Die Idee

Die Interessen junger Menschen in der Bundespolitik berücksichtigen: ein wichtiges Anliegen für die Bundesregierung. Um Impulse für eine gemeinsame Jugendstrategie zu erhalten, lud das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 450 junge Menschen aus ganz Deutschland zu den JugendPolitikTagen 2019 ein.

„Was wir wollen“ war nicht nur der Slogan, sondern ist auch die Botschaft der Veranstaltung: Die Teilnehmenden reisten für drei Tage nach Berlin, um Themen anzusprechen, die ihnen bei der Gestaltung der Bundespolitik wichtig sind. Hier kamen sie mit Vertreterinnen und Vertretern der Leitungsebenen von acht Bundesministerien in Kontakt, um über ausgewählte Themenbereiche der Politik zu diskutieren. Auf den JugendPolitikTagen erarbeitete Empfehlungen und Positionen für die gemeinsame Jugendstrategie sollen auf diesem Weg die Bundespolitik beeinflussen.



Die Teilnehmenden

Bunt gemischt stellte sich die Teilnehmendenschar da. Aktive aus allen Jugendparteiorganisationen des demokratischen Spektrums, aus Vereinen und Verbänden unterschiedlicher Art, vom Sportverein über die Freiwillige Feuerwehr bis zur Geflüchtetenhilfe waren zugegen. Ebenso Vertretende aus Jugendparlamenten und internationale Freiwilligendienst-Leistende. Bei der Auswahl der Teilnehmenden spielte eine möglichst gleichmäßige Verteilung über das gesamte Bundesgebiet, Geburtsjahrgänge, politische Orientierung sowie Engagement eine Rolle. Zudem boten die JPT19 auch Jugendlichen, die noch nicht engagiert sind, die Chance, sich politisch zu beteiligen.



II. MACHEN STATT MECKERN: DAS PROGRAMM

Die inhaltliche Arbeit der JugendPolitikTage fand in verschiedenen Formaten statt. Vier Handlungsfelder rahmten Podiumsdiskussionen im Plenum, **THEMENFOREN** genannt. Diese wurden von insgesamt acht Bundesministerien gestaltet. Sie waren Plattformen zum Austausch zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Expertinnen und Experten der jeweiligen Themengebiete und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ressorts der Bundesregierung. Hier konnten die Teilnehmenden direkt mit den Bundesministerien über ihre politischen Ideen diskutieren.

Jedem Handlungsfeld waren fünf **ARBEITSGRUPPEN** zugeordnet. Jeder Teilnehmende brachte sich in einer Arbeitsgruppe ein, in der sie oder er über das gesamte Wochenende hinweg konkret zu einem Thema arbeitete. Die Arbeitsgruppen fanden im Peer-to-

Peer Prinzip, unabhängig von der Forengestaltung und den Bundesministerien statt. Sie wurden von jungen Vertretenden aus der Zivilgesellschaft, aus NGOs und Verbänden gestaltet. Hier diskutierten die Teilnehmenden intensiv und ergebnisorientiert und erarbeiteten Positionen und Empfehlungen für die Jugendstrategie.

Bevor die Arbeitsergebnisse präsentiert wurden, kamen die jeweils fünf Arbeitsgruppen desselben Handlungsfelds in **ERGEBNISWERKSTÄTTEN** zusammen, um ihre Entwürfe aus den einzelnen Arbeitsgruppen zu diskutieren und pro Handlungsfeld zentrale Empfehlungen abzustimmen.

Diese Empfehlungen wurden in der **ABSCHLUSS-VERANSTALTUNG** präsentiert und diskutiert.



III. INS GESPRÄCH KOMMEN: DIE BUNDESJUGENDMINISTERIN VOR ORT

Die Eröffnung

„Es geht darum zuzuhören, was junge Menschen sich wünschen und das dann auch zu überführen, in das, was wir im Ministerium tun“, sagt Bundesjugendministerin Franziska Giffey und fasst die Idee der JugendPolitikTage gut zusammen. Sie eröffnet am Freitag, den 10. Mai 2019, die JPT19. In ihrer Rede erzählt sie von den Ambitionen des BMFSFJ zur Förderung der Jugendbeteiligung, betont, wie wichtig es sei, dass sich junge Menschen für ihre politischen Ideen einsetzen und fordert das Publikum auf, die JugendPolitikTage als Chance zu sehen, um Ideen, Empfehlungen und Positionen zu formulieren, zu diskutieren und direkt an die Vertretenden der Bundesministerien heranzutragen.

Wie sehr Franziska Giffey das Engagement der jungen Menschen schätzt, zeigt sie auch im Anschluss an ihre Eröffnungsrede: Sie setzt sich zwischen die jungen Menschen in den Zuschauerraum, hört zu und steht Rede und Antwort. Sie zeigt Verständnis für die Argumente der Jugendlichen, auch, wenn diese die Politik der Bundesregierung kritisieren. „Wir wollen eine Bundesjugendstrategie, an der die jungen Menschen auch wirklich mitsprechen“, sagte Giffey abschließend. Die Bundesjugendministerin verspricht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der JPT19, die Ergebnisse der Veranstaltung ernst zu nehmen.



Das Feedback

Zum Abschluss des dreitägigen Kongresses nimmt die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesjugendministerin Caren Marks die Ergebnisse der JPT19 entgegen. Zwanzig ausgewählte Empfehlungen und Positionen tragen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei der zweistündigen Abschlussveranstaltung der Staatssekretärin vor. Zwei Stunden sind zwar lang, viel Zeit zum Diskutieren der Ergebnisse bleibt aber leider nicht. Dafür versichert Caren Marks den jungen Menschen noch einmal, ihre Empfehlungen und Positionen mit in die gemeinsame Jugendstrategie einfließen zu lassen. „Jugend geht alle was an und nicht nur das Bundesjugendministerium“, bekräftigte Marks, deshalb müsse die gesamte Bundesregierung daran arbeiten, junge Menschen besser zu beteiligen.



IV. IDEEN AUSTAUSCHEN: DIE THEMENFOREN

Eine zentrale Idee auf den JugendPolitikTagen war es, einen Dialog auf Augenhöhe mit Vertretenden der Bundesregierung und den Teilnehmenden zu schaffen. Die vier Themenforen im Plenum auf dem Washingtonplatz sollten dafür die geeignete Plattform sein und wurden von den acht teilnehmenden Bundesministerien gestaltet. Hier konnten Vertretende der einzelnen Ressorts aus den Ministerien ihre Inhalte einbringen und mit dem Publikum diskutieren. Die Veranstaltungen begannen als Podiums-

diskussionen und wurden in ein Fishbowl-Format geöffnet. So konnten die jungen Menschen aus dem Publikum ihre politischen Ideen in die Foren einbringen, Fragen an die Gäste richten und spannende Diskussionen anregen.

Begleitend zu den Themenforen bot das digitale Beteiligungstool „tweedback“ die Möglichkeit, Fragen und Feedback aus dem Publikum zu sammeln und so weitere Stimmen einzufangen.

Das waren die Themenforen:

FORUM I „Deutschland 2019 – Wie schaffen und erhalten wir Freiräume?“

Studierende in Notunterkünften vs. verfallende Guts-
höfe. Steigende Mieten und wenig Platz in Städten
stehen fehlender Infrastruktur und Abwanderung in
ländlichen Räumen gegenüber. Gemeinsames Leben
und Wohnen steht vor vielen Fragen:

- Welche Angebote und Infrastruktur brauchen wir, um Teilhabe zu ermöglichen?
- Was sind die Ideen junger Menschen, wenn es um das zukünftige Leben in Städten und Dörfern geht?
- Wie schaffen wir bezahlbaren und attraktiven Wohnraum?

FORUM II „Schöne neue Welt – Wie wollen wir lernen und arbeiten?“

Smartboards in der Schule, Open Knowledge aber auch Hate Speech und Datenleaks – die digitale Bildungswelt ist kein Neuland mehr und stellt uns trotzdem vor Herausforderungen. Aber was bedeutet das für das Lernen und Arbeiten? In diesem Themenforum ging es darum, wie wir uns Lernen und Arbeit in der Zukunft vorstellen. Folgende Fragen wurden diskutiert:

- Wie verändern sich Bildung und Arbeit durch Digitalisierung?
- Welche Voraussetzungen muss gute digitale Bildung erfüllen?
- Welche Chancen und welche Risiken bergen künstliche Intelligenzen und Big Data?



Wer war alles da?
Die Gäste der
Themenforen stehen
auf Seite 29.

FORUM III „Die Macht der Teilhabe – Was (er)trägt Demokratie?“

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Was können wir tun, um sie zu fördern? Was zerstört demokratische Strukturen und wie kann Beteiligung heute und morgen aussehen? Darüber und über folgende Themen wurde diskutiert:

- Wie schaffen wir eine lebendige Zivilgesellschaft?
- Europawahl – Wie (ver)einen wir Vielfalt?
- Digitale Orte – Wie findet Beteiligung im Netz statt?
- Wie schaffen wir wirksame Jugendbeteiligung?

FORUM IV „Today for future – Wie 2030 leben?“

Eine zweite Erde gibt es nicht. Wir müssen unseren Konsum, unser Reiseverhalten und den Umgang mit „Ressourcen“ überdenken. Proteste auf der Straße sind der Anfang – jetzt muss die Politik handeln. Folgende Themen wurden diskutiert:

- Vor welchen Aufgaben stehen wir beim Klimaschutz?
- Welchen Einfluss hat unsere Lebensweise auf unsere Gesundheit?
- Was kann/soll/muss der Staat machen? Was erwarten wir von der Politik?
- Wie können Generationen zusammenarbeiten?



V. WAS WIR WOLLEN: DIE EMPFEHLUNGEN

Das Herzstück der JugendPolitikTage 2019 waren 20 Arbeitsgruppen, in denen die Teilnehmenden im Peer-to-Peer Prinzip Positionen diskutierten und in vier Handlungsfeldern Empfehlungen für die Jugendstrategie der Bundesregierung erarbeiteten. Hier sind alle auf der Veranstaltung entstandenen 60 Empfehlungen zusammengefasst.



Empfehlungen mit diesem Symbol zählen zu den 20 von den Ergebnisswerkstätten demokratisch abgestimmten Kernempfehlungen.



EMPFEHLUNGEN

Themen- und Handlungsfeld I Städte und Dörfer

AG 1.1

Herausforderung Städtewachstum – wem gehört die Stadt?

SOZIALE MOBILITÄT

ZIEL: Öffentlichen Nahverkehr inklusiv gestalten. Dies soll durch eine stärkere Subventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs und alternative Mobilitätskonzepten wie Car- oder Bikesharing ermöglicht werden. In Städten sollte zudem das generelle Geschwindigkeitslimit (StVO §3) auf 30 km/h gesenkt werden, wenn eine entsprechende Anbindung durch den ÖPNV gegeben ist. Die Anbindung ins Umland soll verbessert werden, damit kein Zwang besteht in die Städte zu ziehen. Die Freiheit der Wahl des Wohnraumes kann dadurch wirklich gewährleistet werden. Dementsprechend sollte der Takt der Anbindung angepasst werden.

SOZIALE WOHNKONZEPTE



ZIEL: Bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum für alle Anspruchsgruppen durch einen Umbruch in der Wohnungspolitik, indem die Fördermittel für sozialen, kommunalen und inklusiven Wohnungsbau erhöht und der Zugang dazu vereinfacht werden. Zusätzlich sollen Förderprogramme zur Unterstützung von alternativen Wohnformen, beispielsweise Genossenschaftsprojekte oder modellhafte Wohnprojekte, entwickelt werden. Die Bundesregierung ist angehalten, Immobilienkonzerne, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, die Wohnobjekte der Gesellschaft zu Gute kommen zu lassen, zu sanktionieren.

SOZIALES MITEINANDER

ZIEL: Mehr soziales Miteinander in Städten und Kommunen. Darunter verstehen wir die selbstständige und freie Gestaltung von Freiräumen durch Jugendliche ohne vorgegebene Erwartungen von Politik und Verwaltung, besonders in finanzieller Hinsicht. Gleichzeitig sollen in der Stadt die Bedürfnisse von allen immer mitgedacht werden, um Nutzungskonflikte zwischen verschiedenen Gruppen zu vermeiden. Ebenso sollen auch andere unterrepräsentierte Gruppen mehr in die Planung von öffentlichen Räumen eingebunden werden und ihre Bedürfnisse mehr Beachtung finden. Außerdem sollen die Grenzen zwischen den sozialen Gruppen im Dialog fließend verlaufen, um somit ein Miteinander zu erschaffen und allen eine Möglichkeit zur Teilhabe daran zu bieten.

Funkloch und Frischluft. Das Leben im ländlichen Raum

VEREINE UND EHRENÄMTER STÄRKEN



ZIEL: Umfassende Unterstützung der Vereine und kulturellen Einrichtungen durch die Erstellung einer digitalen Übersicht von Förderungs- und Ehrungsmöglichkeiten für ehrenamtlich tätige Menschen, kostenlose Nutzung öffentlicher Einrichtungen sowie den Abbau von Bürokratie und steuerlichen Hürden.

ATTRAKTIVER ÖPNV

ZIEL: kostengünstiger entfernungs- und ortsunabhängiger öffentlicher Personennahverkehr für alle bis 26 Jahre. Es sollte ein Tarif sein, der eine ganztägige Mobilität, durch z.B. alternative Angebote im ländlichen Raum garantiert wie beispielsweise Rufbus, 50/50-System, 365-Euro-Karte.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE SCHAFFEN

ZIEL: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse lässt sich nur dann garantieren, wenn die Förderung der infrastrukturellen Daseinsvorsorge als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen festgeschrieben wird. Wir empfehlen deshalb die Aufnahme dieser Gemeinschaftsaufgabe in die Grundgesetzartikel 91a und 104c, um hier zeitnahe Lösungen zu ermöglichen.



AG 1.3

Schluss mit Alibi: So gelingt soziale und politische Jugendbeteiligung

JUGENDBETEILIGUNG VOR ORT STÄRKEN & RECHTLICH UMSETZEN

ZIEL: Anspruch auf einen Platz im Kommunalparlament mit Abstimmrecht für kommunale Interessenvertretungen der Jugend (z.B. Jugendräte, Jugendparlamente, Kinder- und Jugendbeiräte). Wir empfehlen, dass rechtlicher Anspruch auf Gründung, Einbindung und finanzielle Unterhaltung einer kommunalen Interessenvertretung besteht. Jugendpolitiktage sollen auch auf Landesebene durchgeführt werden.

WAHLALTER ABSENKEN

ZIEL: Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre. Zudem sollen unter 14-Jährige die Möglichkeit haben, auf Antrag an Wahlen teilzunehmen.

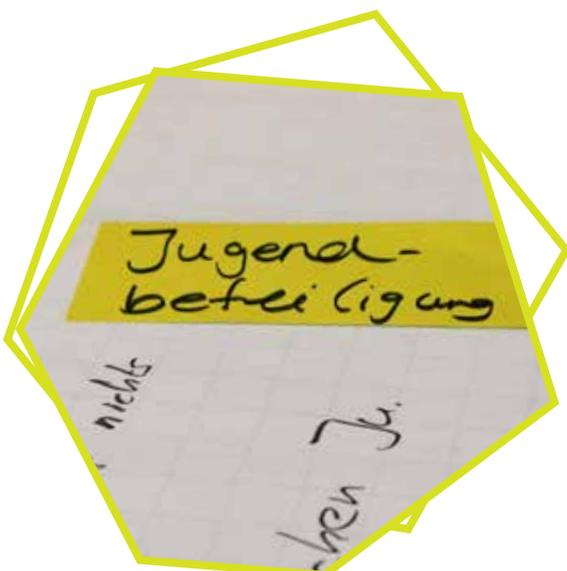
BUNDESJUGENDKONFERENZ



ZIEL: Mindestens jährliche Durchführung einer Bundesjugendkonferenz in Kooperation mit Verwaltung, Politik und Verbänden, um junge Menschen an der Umsetzung der Jugendstrategie des Bundes, zu den Themen der Jugendstrategie und anderen jugendrelevanten Themen direkt zu beteiligen, denn junge Menschen müssen nach UN-Kinderrechtskonvention bei allen sie berührenden Angelegenheiten beteiligt werden. Weiterhin sollte der Bund sich dafür einsetzen, dass es Jugendkonferenzen auf Landes- und Kommunalebene gibt. Die Ergebnisse dieser Prozesse müssen in einem transparenten Abschlussbericht zur Verfügung gestellt werden.

BETEILIGUNG UND MITWIRKUNGSRECHTE

ZIEL: Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Angelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte sichern. Diese müssen bei sie betreffenden Belangen in den Bundestagssitzungen gehört werden. Hierbei ist ein transparenter Abschlussbericht zur Umsetzung innerhalb eines festgelegten Zeitraums erforderlich.



AG 1.4

Von Unterwegs - welche Mobilitätskonzepte brauchen wir?

GÜNSTIGER UND FLEXIBLER ÖPNV

ZIEL: : ÖPNV, der finanziell gefördert, durch die Emissionssteuern günstig, durch emissionsarmen Antrieb und angepasste Fahrzeuggrößen umweltfreundlich und durch Verbindung unterschiedlicher Verkehrsmittel (Carsharing, Bikesharing, Busse,...) flexibel vernetzt ist und Mobilität im ländlichen Raum ermöglicht.

ATTRAKTIVE RADFAHRMÖGLICHKEITEN

ZIEL: Attraktive Radfahrmöglichkeiten innerhalb deutscher Städte und der Ausbau peripherer Verbindungen. Separate Fahrradwege sowie -highways sollen für mehr Sicherheit sorgen und Bürger*innen motivieren, das Rad statt des Autos zu wählen. Leasing, sichere Stellplätze und angepasste Ampelschaltungen sollen das Radfahren in Städten und auf dem Land verbessern.

AUSBAU DES SCHIENENVERKEHRS

ZIEL: Ausbau eines attraktiven, zuverlässigen und umweltverträglichen Schienenverkehrs für Personen und Güter durch Besteuerung/ Bepreisung von CO2 Emissionen in allen Sektoren, die sowohl Firmen als auch Endverbraucher*innen zahlen müssen, nach Vorbild einer Mehrwertsteuer.



AG 1.E

Blickpunkt Europa - Zusammen sind wir stark?

EINFÜHRUNG VON MOBILEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

ZIEL: Die Einführung von mindestens 30 European Education Buses, die unbefristet in ganz Deutschland zum Einsatz kommen. Die EEB sind mobile Bildungseinrichtungen, die aktiv die europäische Idee in alle Regionen Deutschlands tragen. Sie organisieren bspw. Feste, Workshops, Infoveranstaltungen und arbeiten dabei mit lokalen Akteuren (z.B. Schulen, Gemeinderäte, Jugendzentren etc.) zusammen. Das Team aus hauptamtlichen Angestellten, vorwiegend jungen Menschen, kann von Freiwilligen aus dem europäischen Ausland unterstützt werden. Die Kosten des Projekts trägt der Staat. Es soll angestrebt werden, dass dieses Projekt europaweit ausgeweitet wird.

TANDEM-PARTNERSTÄDTE

ZIEL: Stärkung des europäischen Zusammenhalts durch das Knüpfen von EU-Tandem-Partnerstädten mit aktivem Bürger- und Schüleraustausch und Tandemstadtfesten zur Begegnung und zur Förderung des Dialogs in Kunst, Kultur, Bildung, Wissenschaft und lokalen Medien. Dies soll vom Bund mit Subventionen unterstützt werden und auf der europäischen Agenda vorangetrieben werden, Zwecks Wachstum des Zusammenhalts innerhalb der EU.

EUROPEAN WEEK

ZIEL: Die Bundesregierung soll sich aktiv dafür einsetzen, dass ab 2021 alle 2 Jahre eine dezentrale europaweite Aktionswoche ausgerichtet wird. Die „European Week“ soll in 50 europäischen Regionen mit gleichgestelltem Fokus zwischen ländlichen und städtischen Regionen stattfinden. Die jungen Menschen, von 16-27 Jahren, sollen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund die Möglichkeit zu kulturellem, politischem und sozialem Austausch bekommen. Dafür werden die Kosten für die Reise und Unterkunft übernommen.



EMPFEHLUNGEN

Themen- und
Handlungsfeld II
Bildung und
Arbeit



AG 2.1

Acht Stunden am Strand: Neue Arbeitsmodelle, neue Arbeitspolitik?

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN PRÜFEN

ZIEL: Die Chancen und Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen. Wir empfehlen der Bundesregierung eine Prüfung in mindestens zehn regionalbegrenzten Feldversuchen. Diese sollten wissenschaftlich begleitet und analysiert werden, um herauszufinden, ob das bedingungslose Grundeinkommen eine zukunftsfähige Basis für moderne Arbeitsverhältnisse sein kann.

ARBEIT LOHNENSWERTER MACHEN

ZIEL: Wir empfehlen, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, die Arbeit deutlich lohnenswerter machen. Dafür raten wir in erster Linie den Mindestlohn so anzuheben, damit die Höhe der Rente deutlich über die Grundsicherung hinausgeht.

MINDESTLOHN FÜR JUGENDLICHE EINFÜHREN



ZIEL: Wir empfehlen, dass ein Mindestlohn für 14-Jährige eingeführt wird, der sich bis zum 18. Lebensjahr dem regulären Mindestlohn jährlich graduell annähert.

Gehe nicht über Los: Chancengleichheit in Bildung und Arbeit

KOSTENLOSER KINDERGARTENPLATZ



ZIEL: Im Sinne der Chancengleichheit fordern wir das Recht eines jeden Kindes ab 3 Jahren auf einen kostenlosen Kindergartenplatz. Dieser Platz sollte in unmittelbarer Reichweite liegen, gesellschaftliche Vielfalt ermöglichen und sprachliche Entwicklung fördern.

BUNDESWEITES ÖPNV-TICKET



ZIEL: Ein bundesweites ÖPNV Ticket für Schüler*innen, Student*innen und Azubis, FSJler usw.in Form eines stark reduzierten, besser kostenlosen, Preises. Diese Gruppen haben ein geringes Einkommen und das Ticket/ Angebot dient unter anderem dazu zur Arbeit- oder Bildungsstätte zu kommen.

ANONYMISIERTE BEWERBUNGSVORLAGE

ZIEL: Eine bundesweite, verbindliche, anonymisierte Bewerbungsvorlage. Diese darf keine personenbezogenen Merkmale beinhalten, wie z.B. Name, Alter, Geschlecht, Foto, Familienstand oder Beruf der Eltern.



AG 2.3

Arbeit der Zukunft: Digitalisierung und die moderne Arbeitswelt

DIGITALKOMPETENZPROGRAMM

ZIEL: Ein Digitalkompetenzprogramm, barrierefrei in Bezug auf Faktoren wie Einkommen, Alter und Sprache, durch welches jedem Menschen ein mündiger Umgang mit der digitalen Welt ermöglicht und benötigte Qualifizierungen sichergestellt werden sollen. Die Umsetzung kann durch Rahmenlehrpläne, Seniorenheime, Hochschulen, explizit einzurichtende Qualifizierungs- und Förderämter und E-Learning-Plattformen erfolgen.

EUROPÄISCHE DIGITALUNION

ZIEL: Eine „Digitalunion“ in der wir als Europa in den Bereichen Forschung, Sicherheit, Administration und Infrastruktur miteinander kooperieren und voneinander lernen, um so durch Synergieeffekte einen gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen. Wirtschaften in der Zukunft wird nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, Rahmenbedingungen für das Verhältnis von Person und Unternehmen zu setzen. Um wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand auch weiterhin gewährleisten zu können, muss über nationale Grenzen hinausgedacht werden.

DATENLÖSCHUNGSPFLICHT

ZIEL: Für einen zukunftsfähigen digitalisierten Arbeitsmarkt ist ein intensiver Datenschutz essenziell. Um diese Grundlage zu schaffen, fordern wir ein Recht auf Privatsphäre in dem der*die Bürger*in eine transparente Einsicht in die Nutzung seiner Daten durch Dritte hat, sowie die Möglichkeit eines „Opt-in“-Verfahrens für Algorithmen erhält. Als konkrete Maßnahme für den aktiven Schutz der Gesellschaft wollen wir eine Datenlöschungspflicht.



AG 2.4

Bildung für alle: Fürs Leben lernen?

BILDUNGSFÖDERALISMUS ABSCHAFFEN



ZIEL: Eine bundesweite Vereinheitlichung des Bildungssystems und Übernahme der finanziellen Verantwortung für das deutsche Bildungssystem durch den Bund. Gemeinsame Ergänzung des Themen- und Handlungsfelds III: Schulbildung soll nicht nur Länder- sondern auch Bundessache sein. Dies betrifft einen länderübergreifenden Unterricht in politischer Bildung ab der 5. Klasse mit Schwerpunkt auf Kommunalpolitik und einen einmal jährlich stattfindenden Antirassismustag o.ä.

GUTE BEDINGUNGEN FÜR GUTE BILDUNG

ZIEL: Regelmäßige Überprüfung der Schulgebäude und Gelände vom Bau- und Gesundheitsamt sowie pädagogischen Fachkräften und Bereitstellung der finanziellen Mittel für den durch diese Experten ermittelten Bedarf.

KONTEXTGEBUNDENES LERNEN

ZIEL: Mehr Geld, Lehrkräfte und Fortbildungen für kontextgebundenes Lernen durch Exkursionen. Zum Beispiel im Politikunterricht durch Besuch von Kommunalparlamenten oder Bürgerinitiativen, im Naturwissenschaftsunterricht in Labore oder Fabriken oder im Sprachunterricht in Länder deren Sprache in der Schule gelernt wird. Um ein Lernen auf diese Art und Weise zu ermöglichen, braucht es entsprechende Konzepte und ausreichend finanzielle Mittel zur Durchführung der Exkursionen, der Bereitstellung der betreuenden Pädagogen und ihrer Weiterbildung.

AG 2.E Blickpunkt Europa: Grenzüberschreitende Mobilität - Wo wollen wir hin?

ZENTRALE DATENBANK FÜR JUGENDMOBILITÄTSPROGRAMMEN

ZIEL: Informationskampagne für jedes europäische Jugendmobilitätsprogramm in Form einer zentralen Datenbank und eines Peer-Netzwerkes.

EUROPAWEIT BILDUNGSABSCHLÜSSE ANERKENNEN



ZIEL: Die europaweite Gültigkeit und Anerkennung von (Aus-)Bildungsabschlüssen als Teil europäischer Sozialstandards.

EINHEITLICHES SCHIENENNNetz

ZIEL: Ein einheitliches Schienennetz für alle Fernverkehrswege innerhalb von Europa.

EMPFEHLUNGEN

Themen- und Handlungsfeld III
Zusammenleben und Demokratie



AG 3.1

Gelebte Vielfalt: Wie kann ich Gesellschaft aktiv mitgestalten?

ZUVORKOMMENE VERWALTUNG

ZIEL: Die Etablierung einer zuvorkommenden Verwaltung durch online durchführbare Schritt-für-Schritt Anleitungen zur Gründung von Vereinen/Initiativen/Anmeldung von Demos etc. und flankierend bei Bedarf persönliche Betreuung von Beamten, welche die nötigen behördlichen Schritte begleiten und/oder übernehmen.

GESELLSCHAFTSDIENLICHE AKTIVITÄTEN

ZIEL: Persönlichkeits- und Gesellschaftsentwicklung im Vordergrund: Verpflichtende wöchentliche Teilnahme an gesellschaftsdienlichen Aktivitäten während der Schul-/Studien-/Ausbildungs-/Arbeitszeit, welche angerechnet wird. Die Aktivitäten unterliegen den Kriterien der Integration, Inklusion, Toleranz, Nachhaltigkeit.

BUNDESJUGENDPARLAMENT



ZIEL: Schaffung eines regelmäßig tagenden Bundesjugendparlaments mit aktivem und passivem Wahlrecht für Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren, dem Recht auf kleine Anfragen und Gesetzesinitiativen im Bundestag, einem Rederecht und Berichterstattung im Bundestag sowie die Stellung entsprechender finanzieller Mittel und Mentor*innen (Erstattung nach Bundesreisekostengesetz).

Digitale Demokratie, das Internet und politische Beteiligung

DIGITALES PARTIZIPATIONSTOOL

ZIEL: Niederschwellige und umfassende Bürgerbeteiligung auf Bundes-, Landes-, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene. Das digitale Partizipationstool soll für Entscheidungsträger*innen eine empfehlende und über die Bevölkerungsmeinung aufklärende Funktion innehaben. Eine flächendeckende Nutzung soll für erhöhte Repräsentativität der Ergebnisse und zur Abdeckung der Meinungsvielfalt der Bevölkerung angeregt werden.

UMSTELLUNG AUF NICHT PROPRIETÄRE SOFTWARE

ZIEL: Die Umstellung auf nicht proprietäre Software (das heißt Software, die durch den Endbenutzer analysiert und kontrolliert werden kann, zum Beispiel Open Source Programme, Anm.d. Red.) auf sämtlichen Ebenen, um nachhaltig transparent und sicher mit computergesteuerten Systemen zu arbeiten. Außerdem sollen Programme, die den Einsatz nicht proprietärer Systeme unterstützen und ausbauen, verstärkt gefördert werden.

TRANSPARENZOFFENSIVE



ZIEL: Strukturierte und visualisierte Aufbereitung und Bündelung öffentlich zugänglicher Informationen der Bundesebene auf einer Website (Transparenzoffensive). Diese Website zentriert die bereits auf allen Websites der Bundesebene vorhandenen Informationen zu Förderprogrammen, Veranstaltungen des Bundes, Gesetzentwürfen und Anfragen an die Regierung und Behörden sowie deren Antworten.



AG 3.3

Ich bin dagegen, denn ihr seid dafür – Formen demokratischen Engagements

DEMONSTRATIONSTHEMEN IN POLITISCHE GREMIEN

ZIEL: Ab einer gewissen Anzahl an Teilnehmenden einer Demonstration (prozentual bezogen auf die Bevölkerung des Gebiets) soll die Thematik im Bundes- bzw Landtag diskutiert und eine Entscheidung darüber getroffen werden.

OFFENEN RAUM FÜR ZIVILGESELLSCHAFT SCHAFFEN

ZIEL: Barrieren im ehrenamtlichen Engagement wie fehlende Zeit, fehlende Ressourcen, Alltagsverdichtung und Bürokratie abbauen, um offenen und niederschweligen Raum für Zivilgesellschaft und deren Initiativen zu ermöglichen. Dies eröffnet den Raum für alle jungen Menschen, sich individuell und frei zu entfalten und zu engagieren.

DEMOKRATIESTÄRKUNG



ZIEL: Förderung und rechtliche Verankerung des Engagements und der Partizipation von Jugendlichen auf allen Ebenen. Konkret bedeutet das, dass junge Menschen bei allen gesellschaftspolitischen Themen aktiv eingebunden werden müssen (Beispiel: SH §47f, 18a BB), dass das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre gesenkt wird, dass Jugendliche von qualifizierten Ansprechpersonen unterstützt und Kinder- und Jugendparlamente gefördert und in politische Situationen stärker eingebunden werden.

AG 3.4

Die Vierte Gewalt? Journalismus in der Demokratie im 21. Jahrhundert

FÖRDERUNG UNABHÄNGIGER MEDIEN



ZIEL: Eine finanzielle Förderung unabhängiger und vorrangig kleiner journalistischer Medien, um Medienpolarisierung zu verhindern und Pluralismus bei zunehmender Homogenisierung der Medienlandschaft zu garantieren. Diese finanzielle Förderung wird von einem unabhängigen Gremium verwaltet.

PLURALE BERICHTERSTATTUNG FÖRDERN

ZIEL: Die kontroverse und multiperspektivische Berichterstattung in Deutschland fördern und fördern, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich auf dem von ihm gewählten Weg zu informieren und ihm die Chance zu geben, eigene Standpunkte zu entwickeln.

KODEX FÜR SOZIALE MEDIEN

ZIEL: Ein in Anlehnung an den Pressekodex des deutschen Presserats orientierten Kodex für die sozialen Medien zu entwickeln, der kontinuierlich aktualisiert wird, um z.B. die Verbreitung von „Fake-News“ zu verhindern.“

Wie kann ein offenes Europa gelebt werden

EUROPÄISCHER FEIERTAG



ZIEL: Schaffung eines europäischen Feiertags zur Beförderung einer europäischen Identität und des interkulturellen Austauschs. Dieser soll gesamteuropäisch gesetzlich festgelegt werden und jedes Jahr an wechselnden Veranstaltungsorten durchgeführt werden.

INFORMATIONEN ÜBER EUROPÄISCHE PROJEKTE STREUEN

ZIEL: Mehr Informationen über europäische Projekte und Institutionen für Jugendliche durch Social Media, Europamessen und Newsletter für Lehrer.

ZUSAMMENARBEIT IN DER MIGRATIONSPOLITIK

ZIEL: Asyl und Migrationspolitik in der EU muss neu gedacht werden, insbesondere durch gemeinsame Verantwortung, gerechte Verteilung, sichere und legale Wege (bspw. Seenotrettung). Dies ist durch eine gemeinsame europäische Asylantragsstelle und finanzielle Anreize (Rewardingsystem) für das aufnehmende EU Land für Integration (beidseitig) zu bewerkstelligen.



EMPFEHLUNGEN

Themen- und Handlungsfeld IV
Umwelt und Gesundheit



AG 4.1

Digitale Nachhaltigkeit: Unsere Daten und ihr Fußabdruck

DIGITALISIERUNG KRITISCH BETRACHTEN

ZIEL: Mehr Raum und Förderung für kritische Betrachtung der Digitalisierung. Dies gilt für Politiker*innen, die Gesellschaft und die Wissenschaft. Dafür soll Geld zur Erforschung der Einflüsse und den Risiken der Digitalisierung auf Gesellschaft, Individuen und Umwelt bereitgestellt werden. Eine Generationsübergreifende Informationskampagne und Schulungen zur digitalen Nachhaltigkeit und Konsumverhalten sowie die Kennzeichnung von Endprodukten über ihren „ökologischen Rucksack“ sind mögliche Maßnahmen.

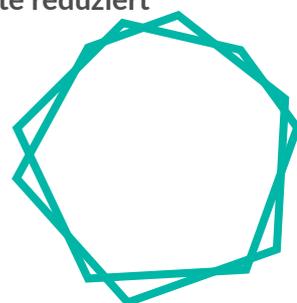
EXPORT VON ELEKTROSCHROTT STOPPEN

ZIEL: Der Export von Elektroschrott muss gestoppt werden, dafür soll innerhalb der EU recycelt werden. Wir empfehlen folgende Maßnahmen: digitale Endgeräte europaweit nur noch für den Verkauf zulassen, wenn diese recyclebar und reparaturfähig sind. Subvention von nachhaltig und fair produzierten Gütern, sowie von digitalen, modularen Geräten. Versteuerung oder Verbot von umweltschädlich produzierten Gütern. Regulierter Import von digitalen Endgeräten. Recht auf Reparatur über die Garantie hinaus.

zusammengefasst

DIGITALE SUFFIZIENZ ALS ZENTRALES KONZEPT UND LEITFADEN

ZIEL: Die Menge der gesammelten Daten sollte reduziert werden. Auch unter den Aspekten des Datenschutzes und der Nachhaltigkeit. Der Energieverbrauch durch die Digitalisierung muss reduziert und es muss auf erneuerbare Energien umgeschwenkt werden. Eingesetzte Technik sollte reduziert werden. „Wie viel Technik brauchen will im Alltag?“ als ständige Frage an alle.



Was geht uns das an? Verantwortung für Klima und Umwelt

REDUKTION VON TREIBHAUSGASEN

ZIEL: Einführung eines Klimabeitrags für Treibhausgase bis spätestens 2021. Aufgrund der immensen Dringlichkeit zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie zur Einhaltung des 1,5°C Ziels aus dem Pariser Klimaabkommen.

Dies muss nach gründlicher Auseinandersetzung mit bereits erprobten Konzepten (siehe Schweden) und verbunden mit umfassender Aufklärung der Öffentlichkeit erfolgen. Eine solche Bepreisung des CO₂-Fußabdrucks aller Produkte und Dienstleistungen muss zu einer Hälfte in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden. Die andere Hälfte der Einnahmen wird direkt auf die Bürger und Bürgerinnen rückverteilt. Bestehende Energiesteuern werden durch den Klimabeitrag ergänzt. Pro Tonne emittiertem CO₂ oder CO₂-Äquivalent muss die Gebühr bis 2025 auf 180 € in Stufen gesteigert werden. Zum Verständnis für die Maßnahme wird der Treibhausgasausstoß und der daraus resultierende Klimabeitrag auf dem Preisschild des jeweiligen Produktes und ggf. der Verpackung angegeben.

Der Klimabeitrag ist ein längst fälliger Schritt zum Aufhalten der globalen Klimakatastrophe und muss in Hinblick auf das sich schließende Zeitfenster so schnell wie möglich eingeführt werden.

KOSTENLOSER ÖPNV

ZIEL: Bis spätestens 2025 kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für alle in ganz Deutschland. Finanziert werden soll der kostenfreie ÖPNV durch die Einnahmen der essentiellen CO₂-Steuer. Ein deutschlandweit kostenfreier ÖPNV trägt dazu bei, Stau abzubauen und den Ausstoß von Schadstoffen zu verringern. Natürlich darf dabei der Ausbau des ÖPNV vor allem in ländlichen Regionen nicht vernachlässigt werden. Ein Umdenken von der Autokultur hin zu nachhaltigeren Transportmöglichkeiten ist in Anbetracht der Klimakrise unerlässlich.

UMWELTBILDUNG UND UMWELTSCHUTZ

ZIEL: Schutz und Wiederaufbau von Ökosystemen in Deutschland in Anlehnung an den „Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services“ sowie aktive internationale Beteiligung an diesen Themen. Konkret soll ab dem Kindergarten jährlich und in jedem Jahrgang ein Umweltbildungsprojekt stattfinden. Dem Insektensterben soll mittels Flächen für Wildblumen, Subventionierung von Bio-Imker*innen sowie Workshopangeboten entgegengewirkt werden. Zum Erhalt biodiverser Ökosysteme soll die Förderung glyphosatfreier Anbaumethoden, Permakultur, die Aufforstung von Mischwäldern, die Erhöhung der Grünflächen pro Einwohner auf 10m² und das Verbot von Kiesgärten durchgesetzt werden. Für die Reinhaltung der Meere soll der Export von Abfall gestoppt und das Recycling in Deutschland gestärkt werden. Im Übrigen sehen wir das Engagement Deutschlands in Bezug auf den Schutz des Regenwaldes und der Artenvielfalt weltweit als notwendig. Es sollte daher fester Bestandteil der Klimaschutzstrategie sein.



AG 4.3

Essen ist politisch!

NEUREGELUNG DER EU-AGRARSUBVENTIONEN 

ZIEL: Eine an Tier- und Umweltschutz orientierte Vergabe der EU-Agrarsubventionen. Nicht die Fläche eines landwirtschaftlichen Betriebes, sondern sein Beitrag für eine nachhaltige, ausschließlich bedarfsdeckende Landwirtschaft sollte über die Höhe der erhaltenen Subventionen bestimmen.

**AKTIV GEGEN
LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG VORGEHEN** 

ZIEL: Aktiv Gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen und diese reduzieren. Dem Beispiel Frankreichs folgend, erwarten wir Gesetzesinitiativen, die erlauben, genießbare Lebensmittel zu spenden, weiterzuverarbeiten und der Öffentlichkeit legal zugänglich zu machen.

**EINHEITLICHE KENNZEICHNUNG
VON TIERPRODUKTEN**

ZIEL: Ein bundesweit einheitliches verpflichtendes Label, welches im Sinne des Verbraucherschutzes die Haltungsbedingungen von Nutztieren ausweist. Dies geschieht im Rahmen eines einfachen Kennzeichnungssystems, das sich nach deutlichen über den gesetzlichen Standards liegenden Werten einer unabhängigen Expertenkommission richtet. Das Label ist auf die Produkte anzuwenden, in denen tierische Produkte enthalten sind.

AG 4.4

Unser Gesundheitssystem
und seine Krankheiten**FALLPAUSCHALEN (DRG) ABSCHAFFEN**

ZIEL: Wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem der Mensch im Vordergrund steht. Mit der Einführung der Fallpauschalen (*Anm. d. Red.: diagnosebezogene Fallgruppierung, die Patienten mit ähnlichen Kosten zusammenfasst*) ist Gesundheit zur Ware geworden und ein System der Fließbandarbeit im Gesundheitswesen eingeführt. Es steht also nicht mehr der Mensch im Vordergrund, sondern der Profit.

**BEDARFSGERECHTE PERSONALBEMESSUNG
IM GESUNDHEITSWESEN** 

ZIEL: Gesundheit vor Profit: Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege durch eine gesetzlich verankerte bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

**AUSNAHME BEIM GESUNDHEITSWESEN
- ART. 107 EU-GESETZ**

ZIEL: Es darf mit der Daseinsfürsorge keine Konkurrenz bzw. Profit gemacht werden. Das sieht aber dieses Gesetz vor. Unserer Meinung nach muss das Gesundheitswesen und eigentlich allgemein die Daseinsfürsorge davon ausgeschlossen sein.

Europa: Wie kann Umweltschutz länderübergreifend organisiert werden?

KLIMASCHUTZZIELE DURCHSETZEN

ZIEL: Konsequente und europaweite Bepreisung von CO₂, um das 1,5 Grad Ziel einzuhalten und unsere Zukunft auf diesem Planeten zu sichern. Wir schließen uns den wissenschaftlich fundierten Forderungen von Fridays for Future an.

MEHR BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

ZIEL: Die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) sollte höchste Priorität in allen Politikfeldern haben. Die 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung repräsentiert unser Leitbild, wie wir in Zukunft leben wollen. Wir empfehlen, generationsübergreifend mehr in die Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu investieren, bspw. durch eine stärkere Verankerung in der Aus- und Weiterbildung.

INITIATIVRECHT FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

ZIEL: Internationale Zusammenarbeit fördern. Die Klimakrise kennt keine Grenzen. Deswegen müssen internationale Probleme auch international gelöst werden. Dafür fordern wir die Einführung des Initiativrechts für das Europäische Parlament und die Ausrufung eines Europäischen Klimanotstands.



Die 20 wichtigsten Empfehlungen wurden per demokratischer Abstimmung auf den

JugendPolitikTagen 2019 gewählt und bei der Abschlusspräsentation der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks vorgestellt. Im Anschluss gingen sie in den Jugendverstärker von jugend.beteiligen.jetzt und konnten digital abgestimmt werden.

VI. #JPT19: JUGENDPOLITIK IN DIE WELT TRAGEN

Neben den 450 Teilnehmenden interessierten sich weit mehr Menschen für die Geschehnisse bei den JugendPolitikTagen 2019. Deshalb war uns besonders wichtig, auch Menschen die, nicht vor Ort waren, an der Veranstaltung teilhaben zu lassen.

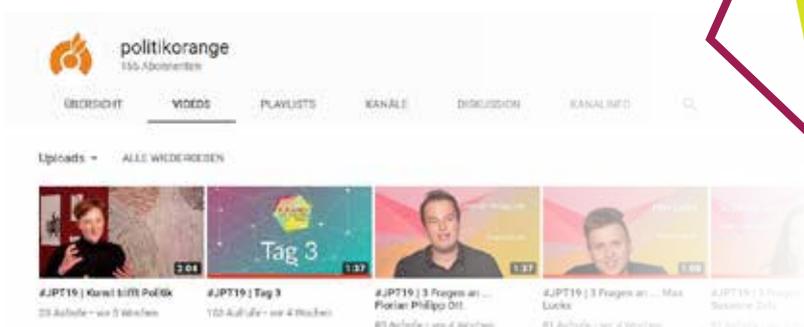
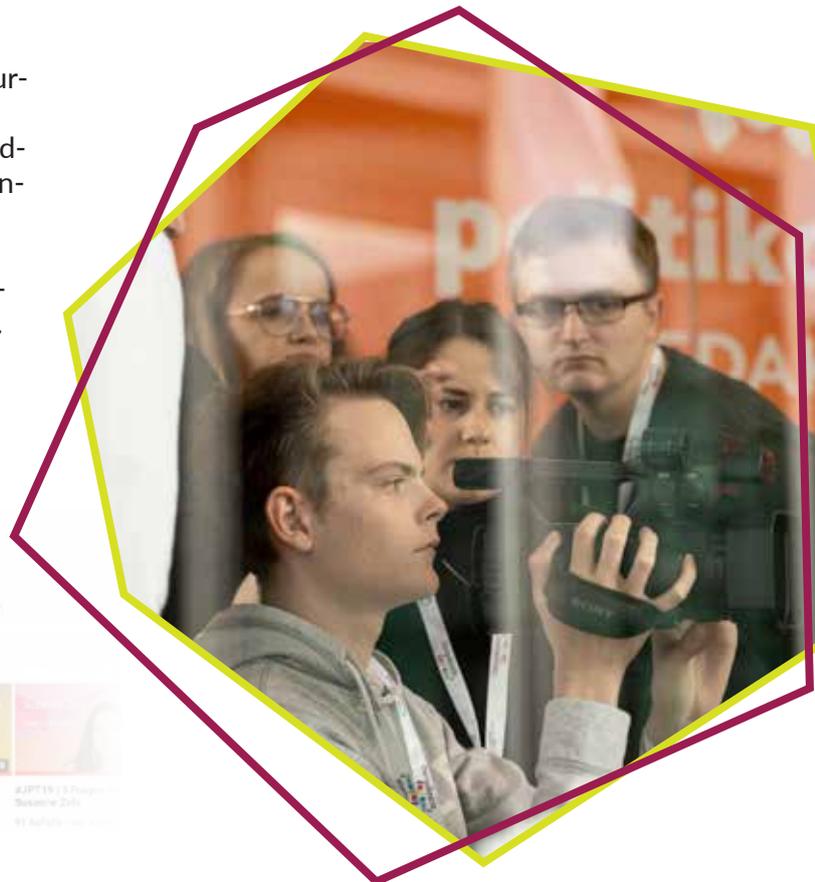
Social-Media-Workshop

Dabei sollte von jungen Menschen und für junge Menschen kommuniziert werden. Im Rahmen der JugendPolitikTage fand ein Öffentlichkeitsarbeits- und Social-Media-Workshop statt. Hier bespielte eine fünfköpfige junge Redaktion ganz nach ihrem Geschmack und mit ihren Schwerpunkten die Social-Media-Kanäle. Über Facebook, Instagram und Twitter berichteten sie mittels Fotos, Videos, Storys, O-Tönen und Texten von den JugendPolitikTagen und machten die Veranstaltung unvergesslich. Unser Hashtag „#JPT19“ verband alle Beiträge, zum Beispiel auf unserer JPT19-Social-Media-Wall, die nicht nur im Jugendmedienzentrum, sondern überall auf der Welt aufrufbar war.



Lehr- und Lernredaktion politikorange

Daneben hatten vierzig Jungjournalistinnen und -journalisten die Möglichkeit, in der Redaktion der politikorange, dem Lehr- und Lernmedium der Jugendpresse mitzuwirken. Sie berichteten kritisch, unabhängig und mit viel Engagement von den JugendPolitikTagen. Die politikorange-Redaktion zeigte die JPT19 noch einmal aus ganz anderen Perspektiven und hinterfragten journalistisch die Themen und Positionen. Dabei entstanden viele Blogbeiträge, einige Videos, zahlreiche Fotos und ein komplettes Printmagazin. Die Beiträge sind zu finden unter <https://politikorange.de/thema/jpt19/>



Presseecho

Das Interesse an den JugendPolitikTagen war nicht nur bei den jungen Menschen groß: Vor, von und nach den JugendPolitikTagen berichteten mehr als 30 Zeitungen über die JPT19. Daneben erschienen Funk- und Fernsehbeiträge von großen Medienhäusern wie ARD, ZDF und Deutschlandfunk. Besonders Lokalzeitungen griffen die JugendPolitikTage in ihrer Berichterstattung auf. Sie interviewten Teilnehmende, die aus den Regionen der Medien kamen, und stellten die Veranstaltung aus jugendlicher Perspektive dar.

Das große Medienecho verdeutlicht die Relevanz der JugendPolitikTage. Denn eine breite und vielfältige Berichterstattung bringt die Veranstaltung in die Öffentlichkeit und erhöht die Erwartungen an die Bundesregierung, die erarbeiteten Ergebnisse konsequent bei der Entwicklung der gemeinsamen Jugendstrategie zu berücksichtigen. Einmal in die Öffentlichkeit gebracht, bleiben die Empfehlungen und Positionen der jungen Menschen auf der Tagesordnung.

„Klima-Demo statt Smartphone:
Wie politisch ist die Jugend?“
(dpa)

„Das wollen Jugendliche von der Politik“
(Neue Westfälische)

„Sie wollen sich einmischen“
(Neue Presse Hannover)

„Jugend und Politik: Viel Misstrauen?“
(ZDF/ Berlin direkt)

„Gemeinsam ist man stärker“
(Mindener Tageblatt)

VII. JUNG UND AKTIV: DAS TEAM

Ein dreiviertel Jahr hat das Kernteam der JugendPolitikTage 2019 aus der Jugendpresse und dem BMFSFJ die Veranstaltung geplant. Einen reibungslosen Ablauf und tolle Tage ermöglicht haben aber erst unzählige helfende Hände vor Ort. Ein herzliches Dankeschön für euer Engagement.

VERANSTALTUNGSLEITUNG

Maximilian Gens
Yvonne Elfriede Hein
Verena Michaeli
Hannah Rex

CHECK-IN/INFO

Mariya Petrova
Marlene Perna
Mirjam Schnell
Jan Wildemann

FAHRTEN

Fabian Angeloni
Justin Guthe
Johannes Kirchoff
Dominik Kugelmann
Jonas Kunze
Sven-Sebastian Sajak

MATERIAL-ORTE/RÄUME-TECHNIK

Konstantin Baur
Benjamin Wasmer
Nadja Dautel
Konstantin Gülden
Jael Keck
Musa Mylko
Wiebke Stedler
Nele Emilie Wunna Wokan
Hüseyin Cakir

REFERIERENDENBETREUUNG

Antonia Bobel
Rainald Manthe
Christiane Scholz
Louisa Zwenger

TEILNEHMENENDBETREUUNG

Leonie Anders
Sofie Anton
Elena Artemenko
Ramzi Awadine
Florian Bastick
Max Bojko
Neslihan Elpe
Helene Fuchs
Dennis Harms
Adrian Kaesberg
Nicolas Kleenworth
Jonas Lerch
Phuong Mai Nguyen
Aaron Möllmann
Marley Nosakhare

Swantje Petersen
Victor Riley
Vanessa Röhling
Nancy Roßdorf
Lucas Schmutz
Julia Spiegler
Jonathan Tekle Gebrekidan
Shania Wipper

TEAMBETREUUNG

Helen Holldorb

VERANSTALTUNGSFOTOGRAFIE

Ragnar Hüneke
Annkathrin Weis

MODERATION

Ann-Marlen Hoolt
Lisa Lechner
Sergio Schmidt
Sebastian Stachorra

SOCIAL MEDIA TEAM

Jonas Gebauer
Felix Freudenstein
Jan-Marius Komorek
Ann-Kathrin Lautenschläger
Ilaria Sica
Lisa Sorowski

POLITIKORANGE-REDAKTION

Heba Alkadri
Amelie Bayer
Dennis Beltchikov
Zoe Bunje
Pauline Deichelmann
Felix Dorn
Julia Fedlmeier
Marco Feldmann
Christopher Folz
Raphael Fröhlich
Dominik Glandorf
Evindar Gürel
Tim Tula Hartl
Samira el Hattab
Nina Heinrich
Kadri Heba
Niklas Hinzpeter
Frederike Hörcher
Sascha Kemper
Levi Kirtschig
Isabel Knippel
Maxi Köhler

Vincent Kretschmer
Julia Aylin Lehnert
Leander Löwe
Henri Maiworm
Larissa Menne
Felicita Montag
Camilla Pahlmeyer
Ilya Portnoy
Lena Radmer
Juliane Reyle
Alisa Sawchuk
Carolin Schneider
Lilian Sekkai
Leonie Theiding
Niklas Thoms
Lina von Wedel
Hannah Wolter
Jule Zentek
Leonie Ziem

ARBEITSGRUPPEN-LEITUNGEN

Mustafa Fakhro
Din Ferizovic
Judith Geilen
Lennart Glaser
Claudia Hammermüller
Tino Höfert
Sophie Hubbe
Felix Kaminski
Theresa Loch
Lea Lossdörfer
Freya Maria Pillardy
Moritz Marpe
Lea Pfau
Stephan Raab
Paul Ramisch
Michelle Reuter
Kevin Saukel
Timo Schewik
Ilan Siebert
Edita Stulcaite
Marcellina von Massenbach
Juliane Vorig
Jennifer Zirener

BMFSFJ: REFERAT JUGENDSTRATEGIE, EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

Immanuel Benz
Maria Bondaruk
Oliver Dey
Anne Kiesch
Franziska Pietzsch
Rainer Wiebusch

VIII. MACH- UND SACHGESCHICHTEN: DIE GÄSTE

Wir bedanken uns bei allen Aktiven und Gästen der JPT19

ERÖFFNUNG UND EMPFANG

Dr. Franziska Giffey, Bundesjugendministerin
Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesjugendministerin

GÄSTE DER THEMENFOREN

FORUM I: Deutschland 2019 - Wie schaffen und erhalten wir Freiräume?

Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär BMI

Dr. Klaus Heider, Leiter der Abteilung „Ländliche Entwicklung, Digitale Innovation“ BMEL

Dr. Tobias Mettenberger, Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bernd Jacobs, Kulturbüro Hannover, Leitung Junge Kultur

FORUM II Schöne neue Welt - Wie wollen wir lernen und arbeiten?

Gerd Billen, Staatssekretär BMJV

Leonie Gebers, Staatssekretärin für Ausbildungsförderung, Arbeiten im digitalen Wandel BMAS

Dr. Stefan Luther, Abteilungsleiter „Allgemeine Bildung“ BMBF

FORUM III Die Macht der Teilhabe - Was (er)trägt Demokratie?

Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung „Kinder und Jugend“ BMFSFJ

Dr. Michael Frehse, Leiter der Abteilung „Heimat“ BMI

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

FORUM IV Today for future - Wie 2030 leben?

Dr. Thomas Weber, Referatsleiter „Nachhaltigkeit, Verbraucherpolitik in der Bürgergesellschaft“ BMJV

Dr. Klaus Heider, Leiter der Abteilung „Ländliche Entwicklung, Digitale Innovation“ BMEL

Dirk Meyer, Leiter der Zentralabteilung Verwaltung, Haushalt, Forschung, Digitalisierung BMU

Ingrid-Gabriela Hoven, Leiterin der Abteilung „Globale Zukunftsaufgaben“ BMZ

Thomas Loew, Institute for Sustainability, Berlin, Scientists for Future

GÄSTE DER ARBEITSGRUPPEN

Elena Keil - Greenpeace

Felix Kaminski - Jugenddelegierter für Nachhaltige Entwicklung

Georg Händel - Junge Europäische Föderalisten

Gisa Holzhausen - Arepo

Grit Genster - ver.di

Hannah Rindler - Arbeiterkind.de

Ilan Siebert - Demokratie Innovation

Inga Heiland - No Hate Speech Movement

Johannes Domnick - Stiftung Bildung

Jonas Spiegel - #diemalwaehleich

Lukas Stede - Stellv. Vorsitzender BDL

Ilona Stuetz - mediale pfade.org

Maike Gossen - Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Michael Neuhaus - Linksjugend [^solid]

Nils Rusche - Jugendgerecht

Paula Klattenhoff - dpa

Simon Dörr - Jugendpresse Deutschland e.V.

Thomas Hohn - Greenpeace

GÄSTE DER ABENDVERANSTALTUNGEN

Nikolas Karanikolas, UN-Jugenddelegierter

Kevin Kühnert, Jusos

Max Lucks, Grüne Jugend

Florian Philipp Ott, Junge Liberale

Maximilian Schulz, Linksjugend [^solid]

Susanne Zels, Junge Union Berlin

Team des Improvisationstheaters „ImproBerlin“



IX. IM HINTERGRUND: VERANSTALTER UND PARTNER

Damit „Die Jugend“ von der Politik mehr gehört wird, müssen beide einen Schritt aufeinander zugehen. Um das zu schaffen, will die Bundesregierung eine gemeinsame Jugendstrategie verabschieden. Die JugendPolitikTage sind ein Element der Jugendstrategie. Sie sollen ein besonderes Augenmerk auf die politischen Ideen und Wünsche von Jugendlichen und jungen Erwachsenen legen.

DAS BMFSFJ - VERANSTALTER

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist der Veranstalter der Jugendpolitiktage und federführend bei der Umsetzung der Jugendstrategie. Im Fachreferat „Jugendstrategie, eigenständige Jugendpolitik“ geht es um eure Belange. Hier wird die Jugendstrategie vorangetrieben und sich für eure Stimmen eingesetzt.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

DIE JUGENDSTRATEGIE

Ob Jugendhilfe oder Familienpolitik, ob Mietrecht, Verbraucherschutz oder Verkehrsentwicklung, ob Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik – Vorhaben und Entscheidungen in allen Politikfeldern können besondere Auswirkungen auf junge Menschen haben. Diese Auswirkungen können sich auch von anderen Altersgruppen unterscheiden. Denn Jugend ist eine eigenständige Lebensphase, die besonderer gesellschaftlicher Aufmerksamkeit bedarf. Für alle jungen Menschen geht es darum, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Jugendpolitik darf dabei nicht an Grenzen der Zuständigkeiten scheitern. Sie muss konkret an den Belangen und Lebenslagen junger Menschen ansetzen. Der Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode beinhaltet daher das Vorhaben einer „gemeinsamen

Jugendstrategie der Bundesregierung“. Um das ressortübergreifende Denken und Handeln umsetzen zu können, wird aktuell unter Federführung des BMFSFJ und unter Beteiligung der anderen Ressorts, in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung entwickelt.

Dabei ist es ein zentrales Anliegen im Rahmen der Jugendstrategie, junge Menschen direkt, sichtbar und wirkungsvoll zu beteiligen. Für eine möglichst breite und fundierte Beteiligung an der Entwicklung der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung sorgen unterschiedliche Formate, in denen junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache agieren. Wirksame Jugendbeteiligung ist eine Grundanforderung der Jugendstrategie und wird auch bei Einzelmaßnahmen konsequent umgesetzt. Weitere Infos unter:

<https://www.jugendhilfeportal.de/jugendstrategie/>

DIE JUGENDPRESSE DEUTSCHLAND E.V. - INHALTLICHER UND ORGANISATORISCHER PARTNER

Die Jugendpresse Deutschland e.V. ist der Bundesverband von und für junge Medienmachende. Vom Schülerzeitungsredakteur bis zur Volontärin begleiten wir in den Beruf, bilden mit fast 300 Seminaren im Jahr aus und veranstalten unter anderem die Jugendmedientage und den Schülerzeitungswettbewerb der Länder.

Uns gibt es auch in deinem Bundesland. Werde Teil unseres bundesweiten Netzwerks, knüpfe Kontakte fürs Leben, lerne Medien machen oder gib dein Wissen weiter! Mehr Informationen unter:

www.jugendpresse.de/regional



JUGENDPRESSE
DEUTSCHLAND
BUNDESVERBAND JUNGER MEDIENMACHER



X. WIE GEHT ES WEITER: AUSBLICK

Die Positionen und Empfehlungen der JugendPolitikTage 2019 richten sich an die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung. Diese wird derzeit in der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) „Jugend“ entwickelt.

Direkt im Anschluss an die JugendPolitikTage startete eine vierzehntägige Online-Konsultation zu den erarbeiteten Ergebnissen. Die Positionen und Empfehlungen konnten dort von den Teilnehmenden sowie Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die auf den JPT19 nicht dabei sein konnten, priorisiert und kommentiert werden. Auch diese Ergebnisse wurden bei der Diskussion der Empfehlungen in der IMA „Jugend“ berücksichtigt.

Das bedeutet konkret: Die Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesministerien werden sich mit den Ergebnissen intensiv auseinandersetzen und darüber diskutieren, ob und wie diese in die Entwicklung und Umsetzung der Jugendstrategie einfließen. Die Auswertung der JugendPolitikTage und die dort erarbeiteten Empfehlungen standen in der IMA „Jugend“ erstmals am 13. Juni 2019 auf der Agenda.

Schon am 4. Juni wurden die 20 zentralen Empfehlungen im Beirat des BMFSFJ zur Jugendstrategie

erörtert. In diesem Beirat sitzen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Jugendinteressenvertretungen. Der Beirat hat sich darauf verständigt, sich auf seiner nächsten Sitzung nach den Sommerferien im September auch mit den weiteren Empfehlungen zu beschäftigen.

Schließlich werden die Ergebnisse auch innerhalb des BMFSFJ Thema sein und dort von allen relevanten Referaten diskutiert und auf Möglichkeiten zur Umsetzung geprüft.

Auf Grundlage der Beratungen wird in der IMA „Jugend“ in den kommenden Monaten entschieden, welche Empfehlungen im Rahmen der Jugendstrategie umgesetzt werden und wie dies geschehen soll. Genauso gibt es ein transparentes Feedback mit Begründung, wenn ein Punkt nicht in die Jugendstrategie der Bundesregierung aufgenommen wird.

Am Ende dieses Entwicklungsprozesses wird voraussichtlich im Herbst 2019 die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung im Kabinett beschlossen werden. Im Anschluss daran startet der Umsetzungsprozess der Jugendstrategie. Auch in dieser Phase werden Jugendliche und junge Erwachsene sowie ihre Interessensvertretungen einbezogen.



DIE JPT 2019 IN ZAHLEN

4
THEMEN-
FOREN



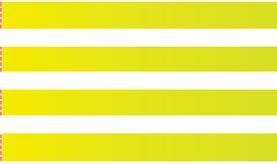
À 1,5 STUNDEN

20
ARBEITS-
GRUPPEN



À 7 STUNDEN

4
ERGEBNIS-
WERKSTÄTTEN



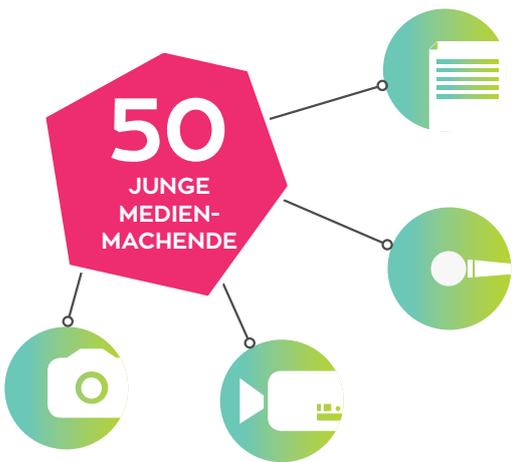
À 3 STUNDEN

1,5 STUNDEN
HITZIGE
DISKUSSION MIT
VERTRETENDEN DER
DEMOKRATISCHEN
JUGENDPARTEI-
ORGANISATIONEN

5



ALTERSVERTEILUNG



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



JUGENDPRESSE
DEUTSCHLAND

BUNDESVERBAND JUNGER MEDIENMACHENDER

*Die Dokumentation
ist online
abrufbar unter:
[www.jugendpolitiktage.de/
dokumentation](http://www.jugendpolitiktage.de/dokumentation)*

IMPRESSUM

Die JugendPolitikTage waren eine Veranstaltung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Inhaltlicher und organisatorischer Partner war die Jugendpresse Deutschland.

Herausgeber:
Jugendpresse Deutschland e.V. | Bundesverband junger Medienmacher | Alt-Moabit 89 | 10559 Berlin
Tel 030 / 39 40 525-00 | Fax 030 / 39 40 525-05 | buero@jugendpresse.de

Druck: SAXOPRINT GmbH/ Enderstraße 92c/ 01277 Dresden

Redaktion:
Jugendpresse Deutschland,
Yvonne Hein und Hannah Rex

V.i.S.d.P.:
Maximilian Gens (Alt-Moabit 89, 10559 Berlin)

Gestaltung: Paula Klattenhoff, paula@aikq.de

Bildnachweise: Christopher Folz (S. 4 oben, S. 17, S.20), Ragnar Hüneke (Titel, S. 13 rechts, S. 18 links, S. 21, S. 23, S. 24, S. 28, S. 31), Juliane Reyle (S. 10, S. 25 links), Annkathrin Weiß (S. 4 unten, S. 6, S. 7, S. 8/9, S.12, S. 13 links, S. 15, S. 16., S. 18 rechts, S. 25 rechts, S. 27, S. 28, S. 33, Rückseite)

JUGEND POLITIKTAGE 2019

AGENDAPRESSE

